

# Offenes Wort an die Volksvertretung des Deutschen Volkes

Wege zum Misstrauensvotum (Art. 67 GG) gegen die  
Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

*Veit Heise*

Angesichts der Dramatik in dem japanischen Atomkomplex in Fukushima Daichii, frage ich mich, wie in Gottes Namen können wir heute noch von Wachstum sprechen. Das Problem mit unserem Wachstum ist, dass das Leben immer mehr Energie und Rohstoffe frisst. Die Erde kann unseren Konsum an Energie und Rohstoffen längst nicht mehr decken, der Raubbau geht ungehindert weiter. Was dabei ins Auge sticht: die Politik der derzeitigen Bundesregierung unter Frau Dr. Angela Merkel hat diese Tatsachen nicht verinnerlicht. Dabei wird uns heute schon durch den Anstieg des Meeresspiegels und die ansteigende CO<sub>2</sub>- und Stickoxyd-Konzentrationen klar gemacht, welche Begrenzung unser Leben in Zukunft erfahren wird. Die politische und menschliche Haltung unserer Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel ist im höchsten Maße anmaßend und menschenverachtend.

Es gibt längst genügend Technologien, mit der wir unsere Mobilität und unseren Energiehunger auf wesentlich ökonomisch effizientere Weise decken können. Die Politiker sind die einzigen Menschen, die immer noch behaupten, dass man noch zig Jahre forschen müsse, um einen Weg aus der Atom- und Kohleenergie zu finden. Dabei wären mit entsprechender Umstellung und Einschränkung heute schon aller Energiebedarf durch Öko-Energie abdeckbar (Mikro-Kraftwerke mit Wind-, Sonnen- und Wasserenergie, Wärmetauscher und Bio-Gasanlagen). Es ähnelt der impertinenten Idiotie der TEPCO-Manager in Fukushima Daichii, die angesichts der aussichtslosen Lage von Erfolgen sprechen und die Öffentlichkeit in die Irre führen, während ihre Arbeiter bei vol-

lem Bewusstsein in den Tod geschickt werden. Unbegrenztes Wachstum ist nicht nur politische Dummheit, sondern vorsätzlicher Mord an den Mitmenschen und die fortgesetzte Zerstörung unseres Planeten - der einzigen Lebensgrundlage, die wir haben.

Es ist Zeit für Deutschlands Bürgerinnen und Bürger, die Zeichen der Zeit zu erkennen: **Wir sind der Staat**. Aus uns Bürgerinnen und Bürgern besteht dieses Staatsgebilde.

**Unsere Verfassung, das Grundgesetz, ist gut und viel besser kann es nicht werden.** Denn dieses Grundgesetz garantiert uns das Recht, uns der herrschenden Regierung durch aktiven Widerstand zu widersetzen. Soldaten dürfen einem Befehl widersprechen, der zu Unrecht führt und dürfen ihre Waffen niederlegen. Polizisten dürfen ihre Dienstmarke und ihre Uniform ablegen. Zivilisten dürfen auf die Straße gehen und dürfen den Rücktritt der Regierung und die Auflösung von Bundestag und Bundesrat fordern. Artikel 20 unseres Grundgesetzes sagt:

***(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.***

***(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.***

***Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.***

***(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung gebunden.***

***(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutsche das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.***

Die Regierung der großen Koalition unter Dr. Angela Merkel hat sich bereits dadurch gegen das Grundgesetz gestellt, in dem sie dem Deutschen Volke das Recht verwehrt, in einem sozialen Bundesstaat zu leben. Billiglohn, 1Euro-Jobs, Hartz-IV, Leiharbeit und eine fehlende Arbeitnehmervertretung für Leiharbeiter und 1Euro-Jobber sind im höchsten Maße unsozial und damit ein (schon mit dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz AGÜ, von 1972) Verfassungsbruch.

Zudem hat die Regierung unter Frau Dr. Angela Merkel uns Umstände geschaffen, die den sozialen Frieden in unserem Bundesstaat aufs Höchste gefährden. Dazu gehört die Abkehr vom (in der großen Koalition CDU/SPD beschlossenen) Atomausstieg, die ohne Not beschlos-

sen wurde. Zudem dient diese Abkehr vom Ausstieg aus der Atomenergie lediglich der Befriedigung privater Gewinnabsichten von Eigentümern, Teilhabern, Vorständen und Aufsichtsräten der großen Energiekonzerne. Sie ist in keiner Weise für den Bestand unseres Bundesstaates von sachlicher oder fachlicher Notwendigkeit. Dafür werden aber alle vom Volke ausgehenden Anstrengungen (Streichung der Subventionen für Ökostrom aus Solarenergie) zur Verbreitung erneuerbarer Energie torpediert und auf lange Sicht verhindert, weil dies gegen den Konsens mit der Atomindustrie spricht. Als die Kanzlerin sich von der Atomindustrie hat einladen lassen und dabei von ihr offensichtlich mit weitreichenden Angeboten gelockt und *gekauft* wurde, kam in kürzester Zeit die Rücknahme des Atomausstieg - und dies ohne Gesetz, ohne parlamentarische Entscheidung und ohne den Beschluss des Bundesrates. Allein das war ein neuerlicher Bruch der Verfassung. Ich protestiere wegen Artikel 20, Absatz 1 und 2. Absatz 1, weil es zudem eine unsoziale Entscheidung war, die nur dazu diente, private Investoren zu bereichern - unter welcher Gewinnabsicht auch immer.

Die Bundesregierung unter Frau Dr. Angela Merkel hat sich am Grundgesetz, Artikel 20, Absatz 1 (*sozialer Bundesstaat*) vergangen, weil sie durch ihre unsozialen Entscheidungen (*ohne die Mehrheit des Bundestages*) zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung die Pharmaindustrie, den Apothekerverband und die vielen, wie Pilze aus dem Boden schießenden, privatisierten Pflegedienste (hier mit unerlaubter Leiharbeit und Verstoß gegen die Arbeitszeitbegrenzung im Billiglohnsektor) bereichert hat.

All dem muss durch **aktiven Widerstand** (Demonstration vor Bundeskanzleramt, Bundestag und Bundesrat außerhalb der Bannmeile, durch offene Briefe und Erklärungen in den Medien, Gesuche an den geschäftsführenden Vertreter des Bundestages, Prof. Dr. Lammert) ein Ende bereitet werden. Zudem müssen die hier beschriebenen Vorwürfe schwerer Verfehlungen unserer Bundesregierung (auf Amtsmissbrauch, Vorteilsnahme, Vorteilsvergabe oder Vorteilsgewährung und Bruch der verfassungsmäßigen Rechte) durch ein ordentliches Gericht, welches das Bundesverfassungsgericht dafür einberufen muss, untersucht werden.

Das von Frau Dr. Merkel und ihren Kabinettsmitgliedern am deutschen Volke begangene Unrecht muss festgestellt und verurteilt werden. Ebenso gilt dies auch für alle an diesem Unrecht aktiv beteiligte Vertreter von nichtstaatlichen Organen.

**Der Widerstand muss zum Rücktritt der jetzigen Regierung, durch ein Misstrauensvotum (Artikel 67 Grundgesetz), der ordentlichen Auflösung des Bundestages und einer in kürzester Frist anberaumten Neuwahl der Volksvertretung des Deutschen Bundestages führen.**

Das deutsche Volk muss seinem verfassungsmäßigem Recht auf Mitbestimmung als unabhängiges Staatsorgan (**Souverän**) Ausdruck verleihen und sich dem fortgesetzten Unrecht widersetzen.